

**1898/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 16.06.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Keck, Schopf und Krist

und GenossInnen

an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

betreffend **Berichten über eine Veränderung der Bauausführung beim Projekt der Unterflurlegung der A7 im Bereich Linz**

Glaubt man diversen Zeitungsberichten, wie zum Beispiel jenem in den Oberösterreichischen Nachrichten vom Samstag, dem 12. Juni 2004, so steht dem Projekt der Einhausung der A7 im Bereich Bindermichl/Spallerhof demnächst eine weitere Veränderung im Hinblick auf seine Bauausführung bevor.

Nachdem zuletzt eine massive Kostenerhöhung im Ausmaß von mehr als 40 Prozent prognostiziert wurde, scheint es den Medienberichten zufolge nunmehr der Wille der Asfinag zu sein, jegliche Kostensteigerung zu verhindern, und den zu investierenden Betrag auf rund 100 Millionen Euro zurückzuführen.

Als zentrale Maßnahme dazu wird das partielle Weglassen der ursprünglich durchgängigen „Decke“ im Bereich Linz/Niedernhart genannt. Weiters sollen die vorgesehenen Lärmschutzwände im Bereich des Kreisverkehrs Muldenstraße nun doch nicht aufgebaut werden. Als Nebenwirkung dieser Ausführungsveränderung, so argumentiert man, würden auch Teile der kostspieligen Sicherheitseinrichtungen nicht angeschafft werden müssen. Zuletzt berichten die Zeitungen auch von einer möglichen Kostenersparnis durch die Zurücknahme des Bautempos. Laut einem Bericht der Kronen Zeitung vom 13.6.2004 könnte eine Verschiebung des Fertigstellungstermins von Ende 2005 auf März 2006 eine wesentliche Vergünstigung bewirken.

Belegt werden diese Eckpunkt lt. Medienberichten durch ein Gedächtnisprotokoll einer Asfinag-Sitzung vom 7. Juni 2004.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

**Anfrage:**

1. Stimmt es, dass die Asfinag derzeit nach Möglichkeiten sucht, die erst kürzlich kolportierte Kostenerhöhung der Unterflurlegung der A7 im Bereich Linz/Bindermichl/Spallerhof von bis

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

zu 42% zu verhindern bzw. zu reduzieren?

2. Wenn ja, durch wen wurden diese Überlegungen angeregt/gestartet?
3. Welche Personen und/oder Institutionen/Gremien wurden in die Überlegungen zur Kostenreduktion einbezogen?
4. Wie lauten die Vorschläge zur Kostenreduktion?

5. Welche Kostenersparnis kann durch die Umsetzung dieser Vorschläge erreicht werden?
6. Bei mehreren Vorschlägen: Ist es angedacht, diese Vorschläge nur im Paket umzusetzen, oder gibt es Überlegungen, diese auch einzeln anzuwenden?
7. Wenn einzeln: Welche? Wie lautet die ungefähre Ersparnis pro Vorschlag?
8. Hat auch die, für das Projektmanagement zuständige, Landesbaudirektion Vorschläge zur Kostenreduktion vorgebracht? Wenn ja, wie lauten diese? In welcher Form und in welchem Umfang wurde die Asfinag über diese Vorschläge informiert?
9. Stimmt es, dass eine Verzögerung des Fertigstellungstermins eine wesentliche Kostenersparnis bringt? Wenn ja, wie lautet die Kostenersparnis und wodurch kommt sie zustande?
10. Auf Basis welcher Kriterien wurde Ende 2005 als ursprünglicher Fertigstellungstermin festgelegt?
11. Stimmt es, dass es angedacht ist, die ursprünglich durchgängige Überdachung an verschiedenen Stellen wegzulassen? Wenn ja, wo?
12. Auf Basis welcher Informationen konnte festgestellt werden, dass durch den möglichen Wegfall der Decke auch ein Teil der Sicherheitseinrichtungen nicht angebracht bzw. installiert werden muss?
13. Welche Sicherheitseinrichtungen würden wegfallen?
14. Gibt es Untersuchungen, welche Auswirkungen das Weglassen eines Teils der Decke auf die Abgas- und Lärmentwicklung auf die Wohnumgebung hätte? Wenn ja, wie lauten sie?
15. Wer wurde über die mögliche Veränderung der Bauausführung der Unterflurlegung informiert?
16. Gibt es bereits eine offizielle Stellungnahme des oberösterreichischen Landesbaureferenten? Wenn ja, wie lautet sie?
17. Ist es vorgesehen, die Wohnumgebung über die Veränderung der Bauausführung bzw. dessen Auswirkung auf die Bevölkerung im Hinblick auf Lärm, Staub und Abgase zu informieren?
18. Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?